

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Der Abonnementspreis beträgt monatlich 4 Mark, vierteljährlich 12 Mark; durch die Post bezogen monatlich 5 Mark, vierteljährlich 15 Mark. — Gest. und Geschäftsangelegenheiten jeder Art werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Karl Schudy; Druck: H. Haasemann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich Bochum, Bismarckstr. 38-42. Telefon: Nr. 83, 89 u. 95. Telegr.-Adr.: Altkreis Bochum.

Bergbaufragen im Reichstagsauschuß. Gegen irreführende Berichterstattung.

Bei der Beratung des Haushaltsplanes des Reichswirtschaftsministeriums im Hauptauschuß des Reichstages (15. bis 18. März) stand die Kohlenversorgung im Mittelpunkt der Erörterungen. Immer wieder schrien die Redner zu diesem Thema zurück. Warum, war leicht zu begreifen. Die dem Bergarbeiterverbande angehörenden Ausschußmitglieder, die Abgeordneten Gansmann, Sue, Pieper und Rosemann verstanden sehr wohl, warum immer wieder die Kohlen- und Koksnot als das größte Übel hingestellt wurde und auch ohne die Angriffe der bürgerlichen Redner auf den „schematischen Wirtschaftstag“ und ihre Aufforderung, Ueberprüfungen zu machen, war es klar, worauf die immer wieder erneuerte „Kohlenendebatte“ zielte.

Über diese Verhandlungen ist in der Tagespresse ein Bericht erschienen, der in irreführender Weise die Ausführungen der Verteidiger des kapitalistischen Systems hervorhebt, den Inhalt der Erklärungen seiner Gegner einfach totschweigt, überhaupt die für die Öffentlichkeit wichtigen Ergebnisse dieser „Kohlenendebatte“ mit vielstündigem Stillschweigen übergeht. Nach diesem Bericht scheint es, als ob sich die Differenzen zwischen den Bergarbeitervertretern, den Regierungsleuten und den bürgerlichen Parteien in der Hauptsache auf die Frage zuheften, wie hoch der Lohnanteil und der Unternehmerprofit sei. Tatsächlich spielte diese Frage eine unbedeutende Rolle.

Im Vordergrund der Auseinandersetzungen standen vielmehr die Fragen: Haben wir eine allgemeine Kohlennot? Ist die Kohlenverteilung durchweg nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten geregelt? Waren die Preisermittlungen notwendig und warum werden bei den Ermittlungen der Selbstkosten die Arbeitervertreter systematisch ausgeschaltet? Sue erklärte, er könne eine „allgemeine Kohlennot“ nicht annehmen, denn: erstens bestünde an Kohlenproduktion eine Ueberproduktion, die sich beim Eintritt wärmerer Tage noch stärker fühlbar machen würde als schon vorjährig; zweitens sei ab 1. Oktober 1921 die offizielle Bewirtschaftung von Braunkohle und Koks aufgegeben mit der Begründung, es bestünde darin kein Mangel mehr; drittens würden ohne zwingende Not erhebliche Mengen Kohlen und Koks ins Ausland (ausgenommen Ententestaaten) gebracht, sogar in das Saargebiet, obgleich dort die Kohlen fast ausschließlich für die heimische Industrie zu gehen, damit diese hochwertige Fertigprodukte für die Ausfuhr herstellen. Die Erfahrungen der jüngsten Zeit hätten die Bergarbeiterverbände veranlaßt, für den Fall, daß zeitweilig Ueberreicherungen eintreten sollten, vor allen Dingen zu fordern, daß die Mehrförderung nicht zur weiteren Stärkung des Kapitalismus verwandt würde. Wenn das nicht sichergestellt sei, wäre alles Gerede über ein Ueberreicherungsabkommen für die Kohle. Das Unternehmertum dränge auf die Befestigung jeder öffentlichen Kontrolle der Produktion, Preisstellung und Verteilung; was aber die freie Wirtschaft bedeute, lehrten uns jetzt die himmelschreienden Wucherpreise für die frei bewirtschafteten Lebensmittel. „Die Sozialisierung ist erledigt“, sei gesagt worden, also verlange man jetzt Ueberreicherungen für die Ernährung und Bekleidung der privatkapitalistischen Wirtschaftsherrschaft. Diefem Verlangen würden die Bergarbeiter nicht entsprechen. Pieper und Rosemann hoben noch hervor, daß gerade die Bergarbeiter eine große Opferwilligkeit im Interesse der Allgemeinheit bewiesen hätten, indem sie trotz jahrelanger miserabler Ernährung Ueberreicherungen verschafften. Zum Dank dafür will man den Bergleuten die Siebenhunderttausend nehmen und beschimpft sie, sie seien Faulenzer. Der Bergmann arbeite heute so fleißig wie vor dem Kriege.

Auf diese Darlegungen erwiderten in wiederholten Ausführungen der Wirtschaftsminister, der Reichskohlenkommissar und mehrere bürgerliche Abgeordnete. Sie behaupteten, daß eine „allgemeine Kohlennot“ bestünde; allerdings herrsche an Kohlenmangel kein Mangel, jedoch an Bricketts, weil es an Brickettpressen fehle. Nur zwei deutsche Fabriken bauten Brickettpressen (das war schon 1919 so, ist damals schon kritisiert, es ist Abhilfe versprochen worden, geschehen ist nichts. D. Red.). Wichtig sei auch, daß erhebliche Mengen Koks z. B. an die Alpine Montan-Gesellschaft (Steiermark), zum Stinneskonzern gehörig, gingen, auch daß nach Holland mehr deutsche Kohlen exportiert würden, als vertretlich unbedingt nötig gewesen wäre; richtig sei ferner, daß erhebliche Mengen Kohlen und Koks aus dem Ruhr- in das Saargebiet gingen. In allen diesen Fällen handele es sich um Lieferungen zur Verringerung von Notlagen, an deren Verstärkung das Reich kein Interesse habe. Aus dem Saargebiet würden aber neuerlich mehr Kohlen nach rechtsrheinisch Deutschland eingeführt. Es herrsche tatsächlich eine große Kohlen- und Koksnot in Deutschland. Zu der von Sue kritisierten Freigabe der Braunkohlen- und Koksbeziehung erklärte der Reichswirtschaftsminister, durch die jüngsten Erfahrungen sei es zweifelhaft geworden, ob die Freigabe des Koks richtig gewesen sei. Erstaufrichtend erklärte in der nächsten Sitzung der Reichskohlenkommissar, die Zwangsbeziehung für Koks sei gar nicht aufgehoben!!! (Da schlag einer lang hin! Ja, unsere „Geheimwirtschaft“ ist voller Geheimnisse.)

In dem begreiflichen Bestreben, die bedeutende Koksabfuhr zu erklären, jagte der Reichskohlenkommissar weiter, voriges Jahr sei hohes Koks auf Lager gewesen, daß die Entente „flehenlich gebeten“ habe, uns mehr Koks abzunehmen!!! Die vielstündige Erklärung des Reichskohlenkommissars veranlaßte ein deutschnationales und ein demokratisches Ausschußmitglied, ihrer Ueberzeugung über das Verfahren des Reichskohlenkommissars lebhaften Ausdruck zu geben. Die deutschen Verbraucher hätten nach Koh-

len und Koks gerufen, ihnen seien die zugewiesenen Mengen nicht geliefert worden, und der Reichskommislar habe die Entente „flehenlich angefleht“, mehr Koks zu nehmen! Das müsse verurteilt werden. Sue brachte auch zur Sprache, daß im Herbst vorigen Jahres die Kokerei Concordia bei Oberhausen den Betrieb einschränken mußte wegen Abkühlmangel, daß man hunderttausende Tonnen Koks auf Lager habe, heute verhältnismäßig mehr Kohle verfohle als 1913, nicht weil es an Koks fehle, sondern um die hohen Gewinne aus den „Nebenprodukten“ zu gewinnen. Dadurch wurde natürlich auch die Menge der zur Verteilung verfügbaren Kohlenmenge kleiner. Er bestreite, daß die Verteilung eine volkswirtschaftlich einwandfreie sei. Die Werke mit Selbstverbrauchsvorrechten seien besser als die anderen versorgt. Alle diese Vorrechte stünden im Widerspruch mit dem Grundsatz der Gemeinwirtschaft. Wenn man englische Kohle bis nach Süd-Deutschland transportiere, dann kämen die dortigen Verbraucher immer noch billiger fort, wenn sie Saarkohlen erhielten. Gerade in Qualitätskohlen bestünde großer Mangel, was unvertretbar sei. Die Entente verlange nur Qualitätskohlen. Wenn es richtig sei, was die „Rhein.-Westf. Bl.“ vom 14. März über ein Abkommen der Firma Stinnes mit dem Syndikat der Pariser Kohlenhändler mitteilte, so sei dies Abkommen gezeichnet, um noch mehr Mangel an den besten Kohlenorten zu schaffen. Danach soll die Firma Stinnes für jede Tonne ausgeliefert bester Kohle eine Lieferprämie von 8 Frank (jezt circa 200 Mark) erhalten. Wird dieser Reparationsgewinn offiziell bekräftigt, dann kann doch kein Mensch mehr darüber im Zweifel sein, daß die Bergarbeiter Recht haben, wenn sie eine Unterstützung derartiger Profitmacherei ablehnen. Der Reichskohlenkommissar erwidert hierauf, der Begriff „Qualitätskohle“ dürfe nicht zu eng gezogen werden. Nur minderwertige Kohle sei ausreichend vorhanden. Die Kokerei Concordia arbeite jetzt wieder mit vollem Betrieb. Es sei richtig, daß die Firma Stinnes durch Verhandlungen in Paris die Prämienzahlung von 8 Frank pro Tonne ausgelieferter Qualitätskohle erhalte! Er könne der Firma Stinnes das Geld „herzlich gern“ (!!!). Er habe veranlaßt, daß die Prämiengeber an das Rhein.-Westf. Kohlen Syndikat übergeleitet wurden! (Also nicht in die schwarze Kasse der Reichskasse. Das sind ja herrliche Zustände! D. R.)

Natürlich fanden diese Erklärungen vom Regierungstisch den Beifall der bürgerlichen Zuschauermeute. Sue hatte u. a. auch an die Regierung die Fragen gerichtet:

1. Warum sind die 15 Mk. Preiszuschlag pro Tonne für die Zahlung der Ueberreicherungslohnzuschläge im Ruhrgebiet den Unternehmern gelassen worden, auch als kein Ueberreicherungsabkommen mehr bestand?
2. Wie soll kontrolliert werden, ob die ab 1.3. bewilligten 16 Mk. Tonnenpreiszuschlag für Ueberreicherungen tatsächlich dafür verwendet werden?
3. Wie oft und auf welchen Zeichen ist seit Jahresfrist die Entwicklung der Materialpreise amtlich geprüft worden?
4. Warum werden bei den amtlichen Nachprüfungen der Selbstkosten die Betriebsräte nicht beteiligt?

Auf diese Fragen kam vom Regierungstisch keine Antwort. Keine Antwort ist auch eine Antwort. Wer des Glaubens ist, die Staatsgefährlichen Verteilungsbedingungen des Großkapitals dürften „nicht gebürt“ werden, weil sie „natürlich“ seien, daß jemand die „Konjunktur ausnütze“, sei sogar nachahmenswert; wer auf den Moment wartet, wo man durch Schichtverlängerung und Lohnruß das durch Krieg und kapitalistische Kaffier furchbar zerrüttete Wirtschaftsleben gesund machen kann; wer die private Reparationsgewinnung als eine nicht unbedingt verurteilte, der versteht nicht, was im Volksempfinden angefaßt dieser und ähnlicher Verteilungsproben vor sich geht.

Den Bergarbeitern aber sei gesagt: Schlicht die Reichen fester zusammen! Verlaßt euch nur auf die eigene Kraft. Der Kampf um die Erhaltung der Lebensnotwendigkeiten der Arbeiter wird uns vielleicht sehr viel früher aufgezungen als wir bisher annehmen durften.

Statistische Zerrbilder.

Der „Glück auf“ in Essen, das offizielle Organ der Bergwerksbesitzer, bringt einen Vergleich zwischen Sauerlohn und Feuerungszahl, wonach sich der Sauerlohn bis Dezember 1921 gegen 1913/14 um das 20,26fache gesteigert hat. Die Feuerungszahl ist eine Maßgröße für den Aufwand einer aus Mann, Frau und drei Kindern im Alter von 12,7 und 1½ Jahren bestehenden Familie für Lebensmittel, Wohnung, Heizung und Beleuchtung in Essen, einer Stadt mit über dem Durchschnitt liegender Feuerung. Der Berechnung des Sauerlohnes sind 24 Schichten in vier Wochen zugrunde gelegt. Davon ausgehend, wird dann zahlenmäßig ermittelt, um wieviel der Sauerlohn die Feuerungszahl übersteigt. Das Gesamtbild des „Glück auf“ sieht so aus:

	Einkommen in vier Wochen in Mark in Proz.	Feuerungszahl in Mark in Proz.	Sauerlohn übersteigt Feuerungszahl um
1913/14	157,47	100	59,35
1920 Februar	1110	705	393, —
Dezember	1757	1103	706, —
1921 Januar	1815	1153	864, —
Februar	1815	1153	864, —
März	1817	1154	865, —
April	1865	1185	877, —
Mai	1918	1218	895, —
Juni	1926	1223	898, —
Juli	1938	1281	924, —
August	1992	1265	978, —
September	2265	1439	1044, —
Oktober	2302	1482	1103, —
November	2183	2021	1286, —
Dezember	2194	2026	1281, —

Nach dieser Uebersicht ist also der Sauerlohn um das 20,26fache, die Feuerungszahl nur um das 15,81fache gestiegen. Während 1913/14 59,35 Mk. des Sauerlohnes nicht beansprucht wurden, waren es im Dezember 1921 1640 Mk. oder rund das 28fache. Was der „Glück auf“ hier gibt, ist ein statistisches Zerrbild, selbst wenn die Zahlen an sich richtig wären; denn der Unterhalt erstreckt sich nicht nur auf Lebensmittel, Wohnung, Heizung und Beleuchtung, sondern auch auf viele andere Dinge, die nicht einbezogen, aber am teuersten sind. Genannt seien nur Kleider, Mäde, Schuhe uim. Wenn man aber diese nicht einbezieht, dann darf man auch Wohnung, Heizung und Beleuchtung nicht einbeziehen, sondern muß sich auf die Ernährungslohn beschränken, wie es z. B. der Statistiker Richard Calver tut. Dieser berechnet die wöchentlichen Ernährungslohnkosten einer vierköpfigen Familie nach der dreijährigen Friedensration des deutschen Marineinfanteristen und den Ermittlungen aus 200 deutschen Städten. Wenn man diese Ernährungslohnkosten dem durchschnittlichen Sauerlohn pro Schicht und dem Fettförderkohlenpreis ausschließlich Abgaben gegenüberstellt, dann ergibt sich folgendes Bild (in Mark):

	Feuerungszahl	Sauerlohn	Ernährungslohn
1914 1. Januar	12, —	6,25	25,57
1. April	11,25	6,19	24,96
1915 1. April	11,25	6,66	34,41
1. September	14,25	7,91	39,98
1917 1. Januar	16,25	9,33	53,67
1. Mai	15,25	10, —	54,58
1. Oktober	20,25	11,51	54,79
1918 1. September	22,21	13,28	60,84
1919 1. Januar	34,21	15,05	63,65
1. Mai	50,79	19,53	73,70
1. Juni	55,83	23,01	78,65
1. Oktober	64,33	27,98	100,63
1. Dezember	71,93	30,60	114,65
1920 1. Januar	79,48	34,60	130,65
1. Februar	111,50	39,38	147,65
1. März	129,45	45,50	167,60
1. April	149,44	49,58	189,78
1. Mai	155,41	53,50	224,63
1921 1. April	179,23	60,65	251,27
1. September	201,16	75,63	309,59
1. Dezember	325,72	103,89	514,63

Diese Uebersicht zeigt datenmäßig alle Veränderungen der Kohlenpreise, die seit 1914 eingetreten sind, daneben die Sauerlöhne und Ernährungslohn. Danach waren im Dezember 1921 gegen Januar 1914 gestiegen der Fettförderkohlenpreis ausschließlich Abgaben um das 27,14fache, der durchschnittliche Sauerlohn je Schicht um das 17,12fache, die wöchentlichen Ernährungslohnkosten einer vierköpfigen Familie um das 20,13fache. Die Preise für Kleider, Mäde, Schuhe uim. sind noch weit stärker gestiegen. Was an der Wohnung eventuell aufgebort wird, muß hierfür mindestens mehr aufgewandt werden. Es steht also fest, daß die Zahlen des „Glück auf“, gelinde gesagt, ziemlich willkürlich gegriffen sind und den tatsächlichen Verhältnissen in keiner Weise entsprechen.

Noch willkürlicher sind die folgenden Zahlen des „Glück auf“ über den Wert der Förderung und den Förderanteil pro Arbeiter im rheinisch-westfälischen Bergbau:

	Förderung in Tonnen	Wert pro Tonne	Wert der Gesamtförderung	Förderanteil pro Arbeiter
1913	110 765 495	11,81 Mk.	1 308 Mill. Mk.	250,7 Lo.
1918	91 952 108	21,95 Mk.	2 021 Mill. Mk.	236,7 Lo.
1919	67 942 725	50,96 Mk.	3 463 Mill. Mk.	177 Lo.
1920	84 992 931	154,40 Mk.	13 123 Mill. Mk.	188 Lo.

Anschließend an diese Zahlen legt dann der „Glück auf“ den Wert der tatsächlichen Förderung und den bei gleichbleibender Förderung erreichbaren Wert zugrunde und kommt zu folgendem Ergebnis:

	Wert der tatsächlichen Förderung	Wert der gleichbleibenden Förderung
1913	1 308 Mill. Mk.	1 308 Mill. Mk.
1918	2 021 Mill. Mk.	2 437 Mill. Mk.
1919	3 463 Mill. Mk.	5 649 Mill. Mk.
1920	13 123 Mill. Mk.	17 102 Mill. Mk.

Zunächst sei gesagt, daß die Förderung kein Maßstab ist für die Arbeitsleistung. Bei höherer Arbeitsleistung kann der Fördereffekt niedrig, bei niedrigerer Arbeitsleistung hoch sein. Das kommt ganz auf die Verhältnisse an, die wir in diesem Zusammenhang nicht zu erörtern brauchen. Wir erinnern nur an die Folgen des Raubzuges während des Krieges, an die Verschiebung in der Gliederung der Belegschaft uim. Daher ist es auch sinnlos, den Förderanteil pro Arbeiter zu berechnen. Das ergibt schon deshalb ein falsches Bild, weil der Anteil der eigentlichen Bergarbeiter (Sauer und Lehrbauer) an der Gesamtbelegschaft von 51 auf 41 Prozent zurückgegangen ist und die Zahl der mit Gesteins-, Reparatur- und Vorrichtungsarbeiten sowie der in der Förderung und Nebenproduktion beschäftigten Personen unverhältnismäßig viel größer ist, wie in der Vorkriegszeit. Der Wert der Förderung läßt sich auch nicht allein nach dem Kohlenpreis berechnen, es müßte vielmehr auch die Preise für die Nebenproduktion eingerechnet werden und zwar um so mehr, als auch hier eine außerordentliche Verschiebung eingetreten ist, was sich schon aus der Verschiebung in der Gliederung der Belegschaft ergibt.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, daß die angeführten Zahlen des „Glück auf“ zur Beurteilung der tatsächlichen Verhältnisse in keiner Weise dienen können. Es sind Spiegelfechtereien, statistische Zerrbilder, um die Öffentlichkeit gegen die Arbeiter aufzuklären. Das weiß auch der „Glück auf“. Um das privatkapitalistische System muß es wirklich sehr übel bestellt sein, wenn Bewußt mit solchen vergifteten Waffen gekämpft werden muß.

Kongreß des belg. Bergarbeiterverbandes (Federation Nationale des Mineurs Belges).

Am Samstag, den 18. März, wurde in Brüssel Volkshaus die Generalfammlung des belgischen Bergarbeiterverbandes eröffnet. 260 Delegierte waren anwesend. Kamerad Dejarbin eröffnete den Kongreß, gedachte des verstorbenen Kameraden Alfred Delecluse.

An die Mitglieder und Verbandsfunktionäre!

Wir erwarten so viel gewerkschaftliche Disziplin, dass wir über die Beitragsfrage nicht erst lange Epökel zu schreiben brauchen. Unter Beachtung des § 9 Absatz 1 unseres Statuts werden infolge der ab 1. März erfolgten Lohnerhöhung die Beiträge ab 1. April (14. Beitragswoche) erhöht. Die neuen Beitragsmarken werden den Zahlstellen von den Bezirksleitern zugestellt. Es ist wohl jedem klar, dass für die Beitragserhöhung dieselben Argumente Geltung haben wie für die Lohnerhöhung. Tue jeder seine Pflicht als Verbandsmitglied!

Beitragserhöhung!

die am Ort verbreitete Arbeiterzeitung in Anspruch nehmen. Vorbedingung ist jedoch, daß diese Tagespresse auch in alle Wohnungen der Arbeiter hineinkommt und nicht, wie leider nur zu oft, dort die bürgerlich-kapitalistischen Zeitungen zu finden sind. Unsere Funktionäre sollten immer, wo sich Gelegenheit bietet, auch dies den Mitgliedern sagen.

Es gibt aber noch andere gute Wege, die geeignet sind, die Mitglieder für ihre Versammlungen zu interessieren. Vor allen Dingen müssen auch die Versammlungen gut vorbereitet sein. Die Ortsverwaltung muß sich mehrere Tage vorher — einige Kameraden werden immer zusammenzubekommen sein — zusammensetzen und eine gute Tagesordnung ausarbeiten. Sieht ein auswärtiger Redner zur Verfügung, so ist es gut, notwendig ist dies jedoch nicht immer und schließlich können auch die Bezirksleitungen nicht alle Mitgliederversammlungen besichtigen. Notwendig ist dies allerdings bei Lohnbewegungen und ähnlichen Vorankündigungen, soweit die Möglichkeit es erlaubt und die Vertrauensleute nicht durch eine Vielzahl oder andere Konferenzen orientiert werden sind. Die Mitgliederversammlungen sind jedoch nicht nur dazu da, um über Lohn und Höhe Preise zu reden. Sie sollen in der Hauptsache auch der Bildung und Schulung der Mitglieder dienen, denn darüber besteht wohl gar kein Streit, daß nur die Unwissenheit die Mitglieder aus den Versammlungen hält. Hier muß aber eingehaft werden und eine Zahlstellenleitung, die es versteht, diese Arbeit einzuleiten, die Versammlungen interessant zu gestalten, schlägt zwei Fliegen mit einer Klappe. Erstens hat sie aufbesuchte Versammlungen und zweitens gewinnt sie dadurch die zu Klassen- und Gewerkschaften erzeugten Mitglieder zu festeren Verbandsmitgliedern für alle Zukunft.

Verschiedene Möglichkeiten bieten sich hierzu. Geistig rege Kameraden werden z. B. beauftragt, über irgendein Thema einen Vortrag auszuarbeiten und diesen in der nächsten Versammlung zu halten. Die Jahrbücher des Verbandes und die Protokolle der Generalversammlungen bieten eine Uebersicht von Stoff. Auch andere Gebiete, wie soziale Gesetzgebung, Bergbaugeschichte, Bergbauwirtschaft, Bergbaugeschichte usw., geben hierzu reichlich Gelegenheit. Gewiß ist es gut, wenn über Wissensgebiete Vorträge von Fachleuten gehalten werden. Da es jedoch nicht möglich ist, unsere annähernd 2000 Zahlstellen mit solchen zu besetzen, hierzu leider nur größere Kreise in Frage kommen können, muß das in den Zahlstellen selbst geschehen. Der Vortragende gewinnt dadurch, denn er muß sich den Stoff durch eifrige Studien selbst erarbeiten, und das hält besser wie alles andere. Die Mitglieder erhalten dadurch Anregungen, die Ausprägung wird sich, wie reichliche Erfahrung zeigt, auch sehr anregend gestalten. Die Mitgliederversammlungen werden dadurch interessanter und gern besucht. Natürlich wird sich bei solchen Gelegenheiten auch das notwendige Uebel einstellen — der Kritiker nämlich, der alles besser weiß. Der ist jedoch schnell zu fassen, in der Beauftragung wird in der nächsten Versammlung einen Vortrag über dieses oder anderes Thema zu halten. Will er dies nicht, so wird ihm eben gesagt, daß er kein Recht zur ungerechten Kritik habe.

Im Vordergrund unseres Willens muß unser Ziel stehen. Wir wollen die Arbeiter der kapitalistischen Wirtschaft formen. Danach haben wir unsere ganze Arbeit einzustellen. Dieser Gedanke muß sich wie ein roter Faden durch alle unsere Versammlungen ziehen, wir müssen uns darauf vorbereiten, und das geschieht nicht dadurch, daß wir über den Kapitalismus nur schwatzen, sondern daß wir unseren Geist schärfen, um die Erbfolge auch mit Erfolg verwirklichen zu können. Was nützt dem Bauernsohn der Hof des Vaters, wenn er ihn nicht bewirtschaften kann? Was nützen uns und der Allgemeinheit die Bergwerke, wenn wir ihre Geheimnisse, ihre Wissenschaft nicht beherrschen? Der allerbeste Zustand ist: nichts wissen können, sagte einmal ein Deutscher. Wenn wir ernstlich bemüht sind, uns in die Geheimnisse der Bergbauwirtschaft hineinzufinden, gelingt es uns viel leichter, als es im Anfang erscheint.

Schließlich bietet die Gesellschaftspflege auch noch Mittel zur Belebung der Versammlungen. Man lege z. B. die Versammlung auf eine günstige Zeit fest, die auch den Frauen Gelegenheit zum Besuch bietet. Nach der Versammlung bleibe man noch zusammen, um sich zu unterhalten. Eine Tasse Kaffee nebst ernstlichen und heiteren Erzählungen (natürlich darf es kein Ritz sein), Vorträgen, Liedern und Musik sind zur Unterhaltung sehr geeignet. Man kommt sich dadurch persönlich näher, lernt sich kennen und achten.

Nach Hunderten anderer Dinge lassen sich anführen. Wenn die Ortsverwaltungen etwas ihre Köpfe anstrengen, werden wir schon das notwendige Mittel zur Belebung ihrer Versammlungen finden. Es ist doch keine leere Phrase, was der Dichter sagt:

„Ich will!“ Dies Wort ist mächtig, spricht du es ernst und still,
Die Sterne reißt's vom Himmel das kleine Wort: „Ich will!“

Spitzbergenabenteuer.

Wir erhalten fortwährend Nachrichten, daß im Ruhrrevier Agenten der niederländischen Spitzbergenkompanie Bergarbeiter für Spitzbergen anwerben. Augenblicklich treibt ein Jahrsteiger Rohde aus Wanne sein gewissenloses Geschäft in der Umgegend. Auf Spitzberg soll er schon einige Hundert besser Bergarbeiter angeworben haben. Trotz wiederholter Warnung durch die „Bergarb.-Ztg.“ scheint es immer noch Dummheit genug zu geben, die auf die Lockungen quibegleiteter Reisen, verläufiger herumreisen. Hat schon jemals jemand erlebt, daß ein Agent das hält, was er verspricht? Er wird an, weil er Geld damit verdient; liegt den Leuten was vor, damit möglichst viel Dummheit hereinfallen. — Sind den Leuten, die aus Abenteuerlust sich dazu bereiten lassen, die Verhältnisse auf Spitzbergen bekannt? Im Sommer ist es kühnig Tag bei 5—12 Grad Ralte (das ist eine tolle Wintertemperatur in Deutschland), der Winter ist fortwährend dunkel bei einer Ralte von mehr als 30 Grad unter Null. Ist den Leuten die Arbeitsordnung bekannt, welcher sie unterworfen sind? Die Schichthalter des Alters müssen sich schämen gegen diese Zuchtordnung, welcher die Arbeiter auf Spitzbergen unterworfen sind. Wer seine Gesundheit verliert, hat keine Ansprüche an die Gesellschaft. Der einmal dort ist, kommt nicht früher fort, bis sein Vertrag abläuft. Wiederholt sind dort Rebellen ausgedrungen, weil die Leute ihre Zeit nicht auskosten konnten. Wir warnen deshalb nochmals.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Mitgliedliche fordern Maßregeln.

Durch die Unternehmerraste geht folgende Petition über die Abwanderung deutscher Bergarbeiter zum holländischen Bergbau:

Der holländische Steinbrucharbeiter hat außerordentlich unter der Abwanderung geleiteter Arbeiter nach Holland zu leiden. Die Verheerung der Ausfall der geleiteten Kräfte auf den einzelnen Gruben hat auszuwirken, geht hervor aus der Tatsache, daß die Grube Laurweg-Boeckert im Juni 1914 eine Arbeitsleistung von 35 597 T. o., im November 1921 von nur 13 553 T. o. hatte. Die Zahl der Arbeiter ist für den gleichen Zeitraum von 1596 auf 1105 zurückgegangen. Die Zahl der in der Grube beschäftigten Arbeiter verminderte sich um 50 Prozent. Die Familien der Abgewanderten bleiben in Deutschland wohnen, so daß es den Gruben des holländischen Bergbaus nicht möglich ist, neue Kräfte heranzuziehen. Es steht zu erwarten, daß die Abwanderung einen noch größeren Umfang annehmen wird und in Betracht der enormen Schädigung, die das deutsche Bergbaugeschäft durch die Abwanderung erfährt, werden von der Regierung energische Maßregeln gefordert werden.

Auch wir werfen die Handlungswelt derjenigen, die ihre Arbeitskraft, gleich Volkstafeln, verkaufen. Arbeitskraft ist auch Ware und deren Verkauf ebenso unfähig wie die Verschönerung anderer Volkstafeln aus kapitalistischen Gründen ins Ausland. Einzelne werden sich auf Kosten ihrer Volksgenossen. Das holländische Unternehmertum hat jedoch kein moralisches Recht, sich über die Menschen aufzuregen, weil in ihren Reihen noch verwertbare Elemente seien, als diese Arbeiter. Oder will uns jemand weismachen, daß die ausländischen Kapitalisten, welche die Gruben des holländischen Bergbaubereichs gehören, ideale Volksgenossen sind wie der arme Schneider

von Arbeiter, der in Unkenntnis handelt? Und erst recht die deutschen Sachverwalter dieser Auslandskapitalisten! Durch unerschämte Ausbeutung, barbarische Behandlung verletzen sie deutschen Volksgenossen ihre Heimat. Und das alles im Interesse ihrer ausländischen Auftraggeber! Diesen Menschen sprechen wir das Recht ab, sich über deutsche Arbeiter, die sich aus Unkenntnis am Volksganzen verdingen, aufzukümmern und „energische Maßregeln“ zu verlangen. Die Regierung soll diese Maßregeln ergreifen, damit sie noch unerschämter die Gesundheit der deutschen Arbeiter ruinieren kann.

Hannover, Braunshweig, Hessen, Lippe.

Berichtigung.

In dem Artikel „Der Arbeitsmarkt im Bergbau“ der vorigen Nummer (12) unserer Zeitung ist ein Irrtum unterlaufen. Es heißt dort, daß auf dem Braunkohlenmarkt Friedrichstraße 90 Mann entlassen wurden, die jedoch auf einem anderen Weis sofort wieder Arbeit fanden. Dies stimmt nicht. Es handelt sich um das Kalkwerk Friedrichstraße, welches nun die Aufschubarbeiten beendet hat. Die Arbeiter sind auch nicht direkt entlassen worden; sie sollen vielmehr bis 1. April abfahren. Ein Teil ist schon abgefahren und hat andere Arbeit gefunden.

Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Jahrestagung des Bezirks Zeitz.

Am 19. März fand für den Bezirk Zeitz-Weichenfels-Altenburg-Saalfeld die Jahrestagung statt. Sie war von 67 Zahlstellenvertretern, 3 Mitgliedern der Bezirkskommission und 2 Betriebsräten besetzt. Nachfolgende Tagesordnung lag als Verhandlungsgegenstand zugrunde: 1. Jahresbericht für 1921, 2. Wirtschaftslage und Lohnbewegung (Referent: Aug. Schmidt-Bochum), 3. Beitragserhöhung, 4. Verhandlungsangelegenheiten.

Der Jahresbericht erstattete Kamerad Weikart, der eingangs seiner Ausführungen auf das entsetzliche Grubenunfall im Jachschacht hinwies, wobei 17 unserer Kameraden ihr Leben lassen mußten. Das Andenken dieser Kameraden wurde in der üblichen Weise geehrt. Dann ging Weikart in kurz umrissener Weise auf die während des Berichtsjahres sich abspielenden Vorgänge ein. Der Grundton seiner Ausführungen gipfelte in dem Satz, daß trotz aller gegenteiligen Auffassung der Verband seine Pflicht voll erfüllt habe. Wenn nicht all das Geforderte erreicht wurde, so lag es nicht an dem guten Willen der Organisation, sondern an den schwierigen Verhältnissen, denen wir oft gegenüberstehen. Der in Erscheinung tretende Mitgliederverlust ist in seiner Hauptursache wohl auf die Abwanderung der berufsfremden Kameraden, die wieder in ihrem alten Beruf Arbeit gefunden haben, zum Teil aber auch auf die durch den Streik im Meuselwitz-Rositzer Revier hervorgerufenen Verhältnisse zurückzuführen. Dieser Verlust kann durch einmütiges Zusammenarbeiten aller Funktionäre im laufenden Jahre wieder wettgemacht werden.

Darauf erstattete Kamerad Gräfe den Kassendbericht, der, gemessen am Berichtsjahr 1920, eine wesentliche Steigerung der Einnahme ergibt. Auch eine erhöhte Ausgabe steht gegenüber. Die Einnahme, die im Jahre 1920 1 749 637,16 M. betrug, ist im Berichtsjahr auf 3 128 274,23 M. angewachsen. In Gesamtausgaben sind zu verzeichnen für das Jahr 1920: 1 587 771,63 M., im Berichtsjahr: 3 242 903,34 M. An die Hauptkasse wurden eingekassiert im Jahre 1920: 1 068 367,28 M., im Berichtsjahr 1921 338 59 M. Das finanzielle Ergebnis kann demnach als befriedigend bezeichnet werden.

An beide Berichte schloß sich eine rege Diskussion an, die sich in äußerst sachlichen Grenzen bewegte. Gemeinhin wurde vor allen Dingen die Befestigung des Abf. 1 § 19 unserer Satzung, was in einem entsprechenden Antrag an den Vorstand festgelegt wurde. Vor allem wurde die Forderung über die Vielschichtigkeit der Organisationen im Bergbau und dabei der Erwartung Ausdruck gegeben, daß der kommende Gewerkschaftskongress endlich einmal mit der Industriearbeiterorganisation Ernst mache. Ferner wurde eine Erhöhung der Beiträge für die männlichen Mitglieder auf 10 M. und für die weiblichen auf 6 M. inkl. 1,50 M. Lokalbeitrag beschlossen. Das Schiefergebiet wird zur Frage der Beitragserhöhung noch besonders Stellung nehmen. — Kamerad Weikart schloß die Konferenz mit einem Appell an die Vertrauensleute, auch in diesem Jahre alle Kräfte in den Dienst der Organisation zu stellen.

Antioniksch-Schuppelcher Einigungschwinkel.

„Der Freie Bergarbeiter“, das Organ der Union (Gelsenkirchener Richtung), bringt in seiner Nr. 10 einen Artikel: „Mißgünstiges Schiedsmännchen des Bergarbeiterverbandes“, der sich, offenbar von Herrn Schuppel, dem Bezirksleiter der Union im Luga-Delesinger Kohlenrevier, inspiriert, mit dem am 2. Februar an den unüberwindlichen Bedingungen der Union geschiederten Einigungsverhandlungen zwischen dem Bergarbeiterverband und der Union bezieht. Wie man es von diesen Leuten, deren „revolutionärer Kampf“ lediglich darin besteht, die freien Gewerkschaften möglichst schnell herunterzureißen und die Gewerkschaftsangehörigen zu verleumben, anzusehen und unmöglich zu machen, ist auch dieser Artikel ganz auf den Ton gestimmt: „Wer ist immer tüchtig mit Dred, etwas wird schon hängen bleiben!“ So ungern wir uns aber auch mit diesen Gefellen herumhageln (jedes vernünftige Wort ist ja wahrhaftig in den Wind geredet), so wollen wir doch im Interesse der Einigung mit dem vernünftigen Teil der Unionisten den größtmöglichen Schwindel aus den Gelsenkirchener Spalten ein wenig ins Tageslicht rufen. Mit jener Gemeinlichkeitsliebe, wie sie den Schuppelchen Berichten von jeher eigen ist, werden in diesem Artikel die Tatsachen glatt auf den Kopf gestellt, die gespielten Rollen kurzgehandelt. Mit welchen Mitteln Herr Schuppel arbeitet, davon nur einige Proben:

Der Artikel sagt im Eingang die unionistische Bezirksleitung sei sich im ersten Augenblick des Einigens der Verträge der allverbändlichen Bezirksleitung sofort darüber klar gewesen, daß es sich in Wahrheit nur darum handelte, die sich stützenden Reihen des Verbandes auf Kosten der Union wieder aufzufüllen. Wir können uns eines Nachhins darüber nicht erwehren, daß die geheimen kampfartigen Wände des Herrn Schuppel ihn schon dazu verführten, solch blühenden Unfug zu schreiben, was er doch ebenfals wie wir weiß, daß gerade das Gegenteil der Fall ist: wir erfreuen uns nämlich einer gesunden und freien Zunahme der Mitgliederzahl! Nicht auch zuletzt seiner Mitglieder der Union, denen immer mehr die Erkenntnis aufgeht, daß sie auf dem falschen Wege sind, daß sie in der Union bedeutungslos im Wirtschaftskampfe sind, daß sie von allem ausgeschlossen und auf die Seite geschoben werden. Daß Herr Schuppel im Grunde seines Herzens aber selbst nicht daran glaubt, daß die Union der Union der Vater dieses schönen Gebankens war, was mit für uns jedes weitere Eingehen darauf sich erübrigt, zeigt sich schon wenige Zeilen später, wo er durchdringend läßt, daß die allverbändliche Bezirksleitung eigentlich gar nicht gewillt habe und erst auf wiederholte Drängen der Verbandskameraden einen Annäherungsversuch an ihn, den Herren Schuppel, gerichtet habe. Was ist nun Wahrheit? Wird der Laie, der Herrn Schuppel und seine Praktiken noch nicht kennt, vergeblich fragen. Entweder: die Bezirksleitung des alten Verbandes hat die Einigung gewollt, um die Union aufzulösen und die Union hat sie nicht gewollt und ist erst durch wiederholte Drängen ihrer Funktionäre soweit gebracht worden? Nun, in Wirklichkeit entspricht keine der beiden sich widersprechenden Behauptungen den Tatsachen. Allgemein bekannte Tatsache ist vielmehr, daß Herr Schuppel derjenige war, dem die Einigung gegen das Programm ging. Er hatte sehr wohl gemerkt, daß seine Union ins Nichts gekommen war und er mußte dem zunächst nach außen Rechnung tragen, da auch in den Reihen der Union der Drang nach Einigung laut wurde. Dem aber mußte er aus guten Gründen vorbeugen und das gelang ihm mit seinen Bedingungen, von denen er von vornherein ganz wußte, daß an ihnen die Einigungsverhandlungen scheitern würden, so die Bezirksleitung des alten Verbandes nach Lage der tatsächlichen Verhältnisse nicht auf sie eingehen konnte. Die recht wirksam haben, mag allein die Erklärung Schuppels in der fraglichen Sitzung

zeigen, daß er seine Bedingungen, Verhandlungsmaßnahmen und Richtlinien ebenfals erhalten habe, wie die Bezirksleitung des alten Verbandes. Er ging aber unvorsichtigerweise noch weiter. Nachdem der Bezirksleiter Uhlmann vom alten Verband ein wenig auf den Fuß geklopft und ihm bedeutet, er habe diese Bedingungen schon gelesen, rief Herr Schuppel ganz erregt: „Das ist eine Lüge! Diese Richtlinien habe ich gestern erst aus Berlin und — Moskau erhalten!“ „Gemeines Geschick auf unserer Seite, verübte Geschick bei den Unionisten befehlten ihn bald, wie gründlich er den Einigungsgeanken kompromittiert hatte. So wurde aus der Einigung vorderhand nichts. Nicht die Bezirksleitung des alten Verbandes ist schuld daran, daß die Bergarbeiter wieder einmal enttäuscht wurden. Dies trifft einzig und allein Herrn Schuppel, der alles andere, nur keine Einigung wünscht! Das sei in aller Klarheit festgestellt!“

Auf den Schieferwerken.

Nach einer Versammlung, in welcher ich mich mit den Mitgliedern ziemlich heiß über unsere letzte Lohnbewegung auseinandergesetzt hatte, wurden mir von den Betriebsräten Stelligkeiten auf verschiedenen Vertrieben im Luga-Revier unterbreitet. Ich beschloß, diese am nächsten Tage zu befechtigen. Mit dem ersten Zuge erreichte ich am nächsten Morgen gegen 8 Uhr das erste Ziel meiner Arbeit. Mit dem Betriebsratsvorsitzenden gelangte ich ins Besprechungsamt der Firma, um unsere Angelegenheit zu unterbreiten. Es wäre zu seiner Einigung gekommen, wenn nicht der Direktor des Werkes dazu gekommen wäre, sich auf unsere Seite zu stellen. Auf die paar Tage Urlaub kommt es ja gar nicht an“, erklärte er beim Fortgehen. — Wir hatten das freilich auch vorausgesehen. — Bei den Verhandlungen ist mir aufgefallen, daß der Direktor den anwesenden Betriebsratsvorsitzenden nicht gekannt hat, obwohl beide schon jahrelang in diesem Betriebe sind. Ein Dokument dafür, daß dort wohl das Betriebsrätegesetz bekannt ist, aber nicht so zur Anwendung gelangt. Das gibt zu denken. (Selbst! Die Betriebsräte haben doch Gelegenheit genug, um sich mit den Direktoren — mehr als erwünscht — bekannt zu machen. D. Red.)

Gegen 11 Uhr sah ich bereits zusammen mit dem Betriebsrat in der Schieferhütte eines anderen Betriebes, um einen zweiten Streikfall zu regeln. Der Betriebsführer, ein Rheinländer, rechnete uns die „guten“ Verdienste der sich beschwerendführenden Gebirgsarbeiter vor, wie hoch denn eigentlich der Gebirgslohn sein müßte, wenn das tarifliche Ständergeld mit zur Verrechnung gebracht werden soll, usw. Es wird infolgedessen eine Einigung erzielt, als ab 1. April neben den jetzt geltenden Gebirgslohn das tarifliche Ständergeld voll zur Auszahlung gelangt. Ueber die Nachzahlung des Ständergeldes für die letzten beiden Monate soll der Betriebsrat mit der Betriebsleitung noch besonders verhandeln. Den Gebirgsarbeitern (unter Tage beschäftigte Bergleute) sollte man schon, in Erwägung ihrer schweren, im höchsten Maße gesundheitsgefährdenden Arbeit den „guten“ Verdienst gönnen und nicht — letzten Endes nicht zum Vorteil des Betriebes — willkürlich mit diesem „Stamm der Zuckerrübe“ umgehen. Kameraden, haltet euch hier an den Tarifvertrag und verlangt, bei der Festlegung des Gebirgslohes mit zu bestimmen.

Von hier kam ich über hohe Berge, an Gabeln vorbei, und über sie hinweg zu den Betrieben der Firma G., wo ich verspätet ankam, da ich mich in dem Labyrinth von Gabeln verirrt hatte. Vom Oberaufseher werde ich informiert, wo ich den Betriebsrat antreffe, den ich verlangte. Eine Viertelstunde später erscheint er mit seiner Karbid-Grubenlampe. Wieder eine Viertelstunde später melde mir ein betriebl. auf dem Hauptbüro der Firma im Luga-Revier an. „Was läuft denn der... schon wieder aus der Arbeit fort?“ schreut der ankommende Besucher. Dieser verblüffende Ton war mir heute noch nirgends zu Ohren gekommen. Ein Zeichen also, daß dieser „Herr“ sehr viel auf reißende Ausbeutung „seiner“ Arbeiter hält und anscheinend das Betriebsrätegesetz nicht allzu ernst nimmt. Seides Tasschen, von denen er uns während der gepflogenen Aussprache stritte überzeugte. — Hier sei es gesagt, Herr G.: Sie haben „Ihre“ Arbeiter anständig zu behandeln und nicht als Objekte ihrer Interessen zu betrachten. Die Arbeiter wissen es noch, daß sie den Lohnanteil dazu beigetragen haben, diesen Betrieb, der noch vor wenigen Jahren auf sehr mäßigem Boden stand, durch ihrer Hände Arbeit wieder hochzuheben. Sie wissen auch, daß heute hohe Gewinne zu verzeichnen sind. Wir werden dafür zu sorgen wissen, daß das alte Unterdrückungs- und Abhängigkeitsgefühl der reißlos organisierten Arbeiterkraft vollends verschwinden wird. Die Zeit der „Kommunisten“ und der „Schmagerel“ ist vorbei! Und ihr, Betriebsräte, habt mit dafür zu sorgen, daß sie nicht wiederkommt. Herr G. soll aber nicht außer Acht lassen, daß er mit seiner Familie von der Arbeit Anderer lebt, die ebenfals ein Recht zum Leben haben. Sollte sich dieser Herr bei den gepflogenen Verhandlungen von diesen Gesichtspunkten leiten lassen, wäre ein anderes Resultat herausgekommen als das gegebene. Aber — der Profit steht bei dieser Clique immer noch höher als das Lebensrecht der Arbeiter. F. B.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 13. Woche (vom 26. März bis 1. April) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Betriebsrat im Bergbau. Diese neu herausgegebene Schrift ist der bestmöglichen Ausgabe der „Bergarb.-Ztg.“ zum ersten Male beigelegt und ist für die Ortsverwaltungsmitglieder bestimmt. Den Betriebsräten wird dieselbe durch die Bezirksleitung zugestellt.

Für den Bezirk Senftenberg werden zur Außenarbeit zwei Stillekräfte (Lokalangehörige) gesucht. Vorbedingung: mindestens fünfjährige Verbandszugehörigkeit, schriftliche, rednerische und organisatorische Befähigung. Bewerbungen sind unter Einbindung des Mitgliedschaftsausschusses, eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes und eines längeren Aufzuges über die Aufgaben eines Lokalangehörigen bis zum 10. April an die Bezirksleitung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands in Senftenberg (M.-L.), Laugstraße 7, einzusenden.

Bibliothek.

Über-Sammel. Bücherausgabe jeden Mittwoch und Sonntagmorgen von 10—12 Uhr, bei R. Brückner, Rüttgersweg 5. Gabelstraße, Vreith und Bottenbrodt, Sonntags von 12—1 Uhr bei Lukas in Gieseth.

Bücherrevisionen.

Carstedt. Am 1., 2. und 8. April. — Mengebe. Vom 1. bis 15. April. — Bülse. Vom 1. bis 15. April.

Die über den Bergmann Emil Ständele, Mitglied des Betriebsausschusses der Zeche Germania I/V, gemachte feldübende Aussage, daß er im Jahre 1905 ein Streikbrecher gewesen sei, nehme ich mit Bedauern zurück. Lützenbortmund, den 19. März 1922. Mathias Schneidereit.

Anstette. Die dem Betriebsratsmitglied, Herrn Schlieker Stibio aus Jaborge-Dorf, Gindenburg, Röllmühl 40, zugefallene Besichtigung, daß er sein Amt als Betriebsratsmitglied mißbraucht, nehme ich hiermit, nachdem ich mich überzeugt, daß diese Behauptung von mir zu Unrecht erhoben wurde, mit größtem Bedauern zurück. Franz Kratochyl.

Der Berggeist. Erinnerungen eines Bergarbeiters. Preis für Mitglieder 4 M., im Buchhandel 5 M.

Was die Ruhr mir lang zur Mühe u. h. Rämpchen. 3. Band. Was die Ruhr mir lang zur Mühe u. h. Rämpchen. 3. Band.